

12.03.25

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates: Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Ausbauziele für Windenergie auf See optimieren

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz
Parlamentarischer Staatssekretär

Berlin, 10. März 2025

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Anke Rehlinger

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

namens der Bundesregierung übersende ich Ihnen in der Anlage die Antwort der Bundesregierung zur Entschließung des Bundesrates: Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Ausbauziele für Windenergie auf See optimieren (BR-Drs. 49/24(B)) vom 22. März 2024.

Mit freundlichen Gren
Stefan Wenzel

**Antwort der Bundesregierung zur Entschließung des Bundesrates:
Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Ausbauziele für Windenergie
auf See optimieren (BR-Drs. 49/24 (B))**

Zu der Entschließung des Bundesrates vom 22. März 2024 wird wie folgt Stellung genommen:

Der Antrag spricht wichtige Herausforderungen für den Ausbau der Offshore-Windenergie an. Für die Bundesregierung ist das Gelingen des Offshore-Ausbaus von großer Bedeutung. Dazu hat die Bundesregierung die Genehmigungsverfahren für Offshore-Wind mit der Novelle des Wind-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) 2023 massiv beschleunigt.

Die Bundesregierung steht seit längerem im Austausch mit der Offshore-Branche und den Werften, um zu den Themen Produktionskapazitäten und Hafeninfrastrukturen Lösungen zu finden. Für den Bau von Konvertern und Konverterplattformen hat die Bundesregierung eine „Sonderbrgschaft Konverter(plattform)bau“ in Form einer Ausfallbürgschaft des Bundes konzipiert, die auch eine Beteiligung der Länder vorsieht. Mit der Sonderbrgschaft sollen absehbare Finanzierungsengepsse beim Konverterplattformbau (offshore) und Konverterbau (onshore) im Rahmen der beschleunigten Umsetzung der Energiewende gemildert werden. Mit der Freigabe von zum Marinearsenal in Rostock-Warnemünde gehörenden Flächen zugunsten eines neuen Produktionsstandorts für Konverterplattformen hat der Bund zudem bereits einen Beitrag für zusätzliche Werftflchen für Offshore-Wind-Komponenten geleistet. Ungeachtet der Zuständigkeit der Länder für das Thema Hafeninfrastrukturen, zeigt die derzeit beginnende Erweiterung des Hafens Cuxhaven um Liegeplätze für den Umschlag von On- und Offshore-Komponenten - u.a. auch aus Bundesmitteln - dass der Bund seine diesbezügliche Verantwortung ernst nimmt.

Die Ressorts BMWK und BMDV haben zudem die dena mit der Studie „Energiehfen der Zukunft“ beauftragt. Die Studie soll eine Grundlage für die notwendige Koordination zwischen den Ländern, Hafenbetreibern, sonstigen Stakeholdern und Bund zum Ausbau von Hafeninfrastruktur bieten. Die Studie liefert dafür eine Bestands- und Bedarfsanalyse für die notwendigen Investitionen in die deutschen Seehäfen zur Erreichung der Klimaziele im Bereich Energie. Große Teile der Studie konnte die dena den Bundesländern schon in einem Termin im Dezember vorstellen. Die letzten Ergebnisse der Studie werden in Kürze erwartet. Diese werden sodann zunächst vom BMWK und

BMDV geprüft und ausgewertet, um dann auch ein Informationsangebot für die Länder anzustreben.

Im Rahmen der Strukturpolitik können über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) in strukturschwachen Regionen (darunter auch Küstenregionen) unter bestimmten Voraussetzungen auf Basis der BKR-Bundesregelung Transformationstechnologien der Auf- und Ausbau von Produktionskapazitäten gefördert werden. Die Umsetzung der GRW liegt in der Zuständigkeit der Länder.

Zudem wurde mit der WindSeeG-Novelle 2023 das Ausschreibungsdesign angepasst und hat in den letzten beiden Jahren erste Erfolge erzielt. 90 % der Einnahmen werden zur Senkung der Offshore-Umlage als Bestandteil des Strompreises verwendet und dienen damit der Senkung der Strompreise. Daher ist eine Änderung der Einnahmenverwendung – wie vom Bundesrat gefordert – nicht angezeigt. Das neue Offshore-Ausschreibungsdesign enthält bereits in Teilen qualitative Kriterien. Eine weitere Aufnahme von qualitativen Kriterien ist mit Blick auf die Umsetzung des Net Zero Industry Act (NZIA) zu prüfen. Denn im NZIA sind verbindliche qualitative Kriterien bzw. Präqualifikationskriterien für Erneuerbare Energien-Ausschreibungen vorgesehen, deren Anwendung ab 2026 für alle Mitgliedstaaten verpflichtend ist.

Die Bundesregierung begrüßt die übergeordnete Zielrichtung des European Wind Power Packages aus industrie- wie auch energiepolitischer Sicht. Es enthält viele Punkte, die Maßnahmen in Deutschland potenziell ergänzen. Daher wird sich die Bundesregierung für eine rasche Umsetzung des Aktionsplans einsetzen. Hierzu gehört auch insbesondere die Ankündigung der EU-Kommission, unfaire Handelspraktiken beobachten und entsprechende Maßnahmen einleiten zu wollen.

Komplementär dazu wirkt das deutsche Windindustrie-Maßnahmenpaket, das beim Windindustrie-Gipfel am 16.10.2024 vorgestellt und mit den vier großen europäischen Herstellern von Windenergieanlagen vereinbart wurde. Im Einzelnen umfasst dies:

- (Cyber-)Sicherheit von Windenergieanlagen erhöhen
- faire internationale Wettbewerbsbedingungen gewährleisten
- Abhängigkeiten bei kritischen Komponenten wie Permanentmagneten verringern
- Finanzierung des Produktionshochlaufs absichern
- öffentliche Finanzierung bei Wettbewerbsverzerrungen überprüfen und erforderlichenfalls anpassen.

Zudem wird die Bundesregierung mit der Organisation des 3. Nordseegipfels Ende 2025 die Staats- und Regierungschef*innen und Energieminister*innen der Nordseestaaten sowie die Kommissionspräsidentin und den Energiekommissar in Deutschland zusammenbringen, um den Offshore-Energieausbau in der Nordsee im Einklang mit den europäischen Ausbauzielen weiter voranzubringen und insbesondere die Rahmenbedingungen hierfür durch gemeinsames Vorgehen zu verbessern.